Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 119. [50. Jahrgang.] Sonntag den 21. Mai 1911. Erste (Abend-)Ausgabe. [50. Jahrgang.] Nr. 119.

Berlin, den 20. Mai.

Politischer Tagesbericht.

Das Königliche Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen.

Rückblicke.

Die Verhandlungen über die elsaß-lothringische Verfassung haben nach mancherlei Schwierigkeiten in der Kommission zu einem Ergebnis geführt, mit dem sich eine von der Reichspartei bis zur äußersten Linken reichende Mehrheit einverstanden erklärte. In der Frage der Wahlkreiseinteilung kam ein Kompromiß auf Grund eines von der Regierung ausgegangenen Vorschlags zu stande. Ebenso wurde für die das Wahlrecht einschränkenden Aufenthaltsbestimmungen eine für die Regierung annehmbare Formulierung gefunden. In der Frage der Pluralstimme, die schon in der ersten Lesung des Wahlgesetzes, und zwar auch von konservativer Seite, abgelehnt worden waren, blieb es bei der Streichung. Die Reichspartei hatte erkennen lassen, daß sie auf die Pluralstimmen keinen Wert mehr lege. Die hartnäckigsten Kontroversen knüpften sich an den Sprachenparagraphen, den die Reichspartei als Bedingung ihrer Zustimmung eingebracht hatte. Nach dem negativen Ausgang der früheren Verhandlungen hat man jetzt auch hier eine Formulierung gefunden, welche die an dem Zustandekommen des Gesetzes interessierten Parteien befriedigte. Jedoch sind hier noch Vorbehalte für das Plenum gemacht worden. Die besonders wichtigen Fragen, welche die Stellung des Kaisers, die Zusammensetzung des Oberhauses und das Budgetrecht betreffen, sind nach den Wünschen der Regierung von der Kommission erledigt.

• • •

Bedeutende Fortschritte hat die zweite Lesung der Reichsversicherungsordnung im Reichstage gemacht, und man erwartet in parlamentarischen Kreisen für Anfang nächster Woche ihren Abschluß. Noch in der gestrigen Sitzung war eine scharfe Debatte von mehrstündiger Dauer zu überwinden gewesen. Freisinnige Volkspartei und Sozialdemokraten hatten beantragt, die Grenze für die Zulässigkeit der Altersrente vom 70. auf das 65. Lebensjahr der Versicherten herabzurücken. Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück bestritt sowohl die Möglichkeit als die Dringlichkeit dieser Forderung. Enorme Lasten steuerlicher wie sozialpolitischer Natur sind dem Erwerbsleben neu auferlegt worden, und so müsse man sich mit allen weitergehenden Wünschen auf das tatsächlich Notwendigste zu beschränken verstehen. Eine solche Herabsetzung der Altersgrenze würde eine jährliche Mehrausgabe von rund 9 Millionen für das Reich und 45 Millionen für die Versicherten ergeben. Ueberdies wäre das Eintreten einer Mehrheit für den Antrag geeignet, die Zusage des Staatssekretärs in der Kommission wieder hinfällig zu machen, wonach eine Zusatzrente für Invalidenkinder unter 15 Jahren über den Entwurf hinaus angestrebt werden soll. Der Stellvertreter des Reichskanzlers bemerkte, er habe soeben diesem selbst Vortrag gehalten, und das Ergebnis sei jetzt die Erklärung, daß durch Annahme der Anträge die Reichsversicherungsordnung für die verbündeten Regierungen unannehmbar werde. — Reichsschatzsekretär Wermuth nahm gleichfalls das Wort, indem er davor warnte, eine derartige Mehrbelastung gleichsam als Kleinigkeit zu behandeln. Sei die Reichsversicherungsordnung einmal Gesetz, so werde der deutschen Arbeiterschaft allein aus Reichsmitteln ein gewaltiger Kapitalwert neu zugeführt, aber noch beliebig mehr zu leisten sei das Reich auch außerstande. „Wenn ausgeführt worden ist, es müsse um die Reichsfinanzen schlimm bestellt sein, wenn der Etat die 9 Millionen nicht tragen könne, so ist das charakteristisch für die Auffassung, welche eine ganze Reihe von Jahren hier geherrscht und welche uns zu einer Finanzkrisis geführt hat." Ausgeschlossen wäre entschieden, daß die verbündeten Regierung einen derartigen Rückfall mitmachten. — Bei namentlicher Abstimmung fielen dann die Anträge Ablaß und Albrecht mit 160 Stimmen dagegen, 146 dafür, nebst 4 Enthaltungen. Von der nationalliberalen Partei hatten 14 dagegen, 20 dafür votiert, während das Zentrum seine Stimmen geschlossen gegen die Anträge abgab.

• • •

Nach eingehender Debatte wurde am Donnerstag der Gesetzentwurf, betreffend die Feuerbestattung, in zweiter Lesung vom Abgeordnetenhause angenommen; man hob hierbei neben den grundsätzlichen Gesichtspunkten auch hervor, daß der gesetzgeberische Ausdruck sich mit der Sache nicht zu decken scheine. Jedenfalls war die Mehrheit des Hauses der Auffassung des Staatsministeriums beigetreten, daß die fakultative Erlaubnis zur Einäscherung Verstorbener, deren letzter Wille dahin ging, keine Verletzung der christlichen Sitte in sich schließe. Justizminister Dr. Beseler widerlegte vor allem die Meinung von der Unüberwindlichkeit kriminalistischer Bedenken in diesem Falle; es werde durchweg zur Gewähr genügen, wenn die von der Strafprozeßordnung bargestellten Kautelen zur Regel erhoben würden. Wenn die Regierung es in früheren Jahren abgelehnt hatte, den Wünschen der Feuerbestattungsvereine entgegenzukommen, so lagen neuerdings, wie der Minister des Innern v. Dallwitz feststellte, veränderte Voraussetzungen vor, beginnend mit einem Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts und weiterverfolgt durch Beschlüsse des preußischen Landtages selbst. Den Ausschlag gab dann die Tatsache einer außerordentlichen Vermehrung von Krematorien in den Bundesstaaten unweit der Grenzen. Dieser Umstand machte, gerade um der Vorbeugungsmaßregeln bei Verdachtsmöglichkeiten willen, es rätlich, den Gesetzentwurf einzubringen. Die Vorlage wolle also, unter völliger Wahrung und Aufrechterhaltung der christlichen Sitte einer Erdbestattung, lediglich den Andersdenkenden, die entweder keiner christlichen Religionsgemeinschaft angehören oder aus sonstigen Gründen für ihre Person nicht an dieser alten Sitte festhalten wollen, die Möglichkeit geben, für ihre Person eine andere Art der Bestattung zu wählen. Gebotene Rücksicht auf die Volkssitte der Erdbestattung konnte nur dazu führen, daß unbedingt ausgeschlossen sein mußte, jemanden, der in überkommener Weise zur Erde bestattet werden will, irgendwie darin zu beeinträchtigen. Mittin behält die große Mehrheit unseres Volkes nach wie vor die Sicherheit, daß ihren Wünschen in dieser Beziehung in keiner Weise zu nahe getreten wird. So ist es denn lediglich ein Gebot der Billigkeit gegenüber Andersdenkenden, daß man den Zwang nicht länger aufrecht erhält, falls sie durch ihre Ueberzeugung und triftige Gründe ernstlich zu dem Entschluß gekommen sind, ihre sterblichen Reste dem Feuer zu übergeben. Irgendwelcher Tendenz auf Schmälerung der christlichen Anschauungen im Volke gefällig zu sein, lag mittin der Regierung fern; wenn sie einen derartigen Erfolg von der Vorlage befürchtet hätte, so würde sie diese nicht gebracht haben. Man habe immer zu berücksichtigen, daß es sowohl eine zeitgemäße Duldsamkeit zu üben wie Mißständen vorzubeugen galt, die sich nicht mehr verkennen ließen.

Am Sonnabend nahm das Haus die Vorlage in dritter Lesung mit 157 gegen 155 Stimmen an. Die Mehrheit war schon in den Abstimmungen am Freitag über zwei Zentrumsanträge auf 10 bezw. 26 Stimmen zurückgegangen.

Aus Anlaß der dem Hause vorgelegten Denkschrift über die Ausführung der Ansiedlungsgesetze für Westpreußen und Posen während des Jahres 1910 ergriff der Minister für Landwirtschaft Frhr. v. Schorlemer das Wort zu einer ausführlichen Erläuterung. Seit Jahrzehnten sind für die Stellungnahme der Staatsregierung in den Ostmarken die gleichen Gründe entscheidend gewesen. Solange der polnische Volksteil nicht darauf verzichtet, im Wege der Absonderung von seinem deutschen Nachbarn sich einen Staat im Staate zu bilden und zu einem größeren Teile Bestrebungen und Wünsche zu verfolgen, deren Verwirklichung unmöglich und für den Bestand und die Sicherheit des preußischen Staates gefahrdrohend erscheint, so lange endlich in den vorzugsweise in Betracht kommenden Provinzen Posen und Westpreußen die Befürchtung nicht ausgeschlossen erscheint, daß deutscher Besitz und deutsche Bevölkerung gegenüber den Polen in Rückgang gerät und dauernd außerstande bleibt, den Vordringen nichtdeutscher Elemente vom Osten zum Westen einen festen und auch unter schwierigen Zeitverhältnissen unüberwindlichen Damm entgegenzusetzen, — solange könne für die Regierung von einer grundsätzlichen Aenderung ihrer Haltung gegenüber den Polen nicht die Rede sein. Der Minister erörterte sodann die praktischen Gesichtspunkte für eine Anwendung des Enteignungsgesetzes. Es trage sich dabei, ob die Enteignung der einzelnen Ansiedlung oder dem einzelnen Bezirk Nutzen bringe, und welche Wirkung die in Aussicht zu nehmende Enteignung für die weitere Ansiedlungstätigkeit haben werde. Augenblicklich haben die Preise in den Ansiedlungsprovinzen eine Höhe erreicht, die bei weiteren Ankäufen eine angemessene Schadloshaltung des Staates ausgeschlossen erscheinen läßt. Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß die im freihändigen Güterverkehr gezahlten Preise auch für die Enteignung in Betracht kommen und höchstwahrscheinlich noch einen bedeutenden Aufschlag für die unfreiwillige Hergabe des Grund und Bodens erhalten werden. Nicht außer acht zu lassen ist, daß die bei der Enteignung gezahlten Gelder neue Mittel zum Erwerb deutschen Landes für die Polen bedeuten. Folglich werde man der Staatsregierung kaum verdenken können, daß sie mit der Enteignung zurückgehalten und mehr wie bisher die Sicherung deutschen Grundbesitzes ins Auge gefaßt hat. Von der Tatsache ausgehend, daß die Enteignung sich auf 70 000 Hektar beschränken muß, erscheine es jedenfalls richtiger, zunächst die Erwerbung deutschen Besitzes durch die Polen zu verhindern und den polnischen Besitz, der schließlich nicht davonlaufen kann, späterhin in Angriff zu nehmen. Zu diesem Vorgehen nötige auch die Wahrnehmung, daß den in den polnischen Landesteilen ansässigen Deutschen vielfach nicht das Heimatgefühl und die Heimatliebe eigen ist, die den Polen auszeichnet, daß die gegenwärtigen hohen Güterpreise stets von neuem den Anreiz geben, den Besitz in der Ostmark abzustoßen und sich in Gegenden mit angenehmeren Lebensbedingungen niederzulassen. So finden die verminderten Ankäufe der Ansiedlungskommission in dem Hochstande der Güterpreise ihre Begründung. Wie man von einem guten Kaufmann gewiß nicht verlangen werde, daß er seine Rohprodukte in Zeiten aufspeichert, in welchen eine Verarbeitung und Verwertung infolge hoher Preise nur mit großen Verlusten möglich ist, so würde man auch der Ansiedlungskommission, die auf ihre Einnahmequellen und die Staatsfinanzen Rücksicht nehmen muß, es nicht verdenken dürfen, wenn sie in letzter Zeit nur da gekauft hat, wo ein Ankauf notwendig erschien und der geforderte Preis noch einigermaßen gerechtfertigt werden konnte. Falls im Laufe der nächsten Jahre beim Anhalten der jetzigen Preise die Ansiedlungskommission dazu übergehen müßte, ihre jährliche Besiedlungstätigkeit etwas einzuschränken, so solle man auch darin nicht ein Aufgeben der Ansiedlungspolitik, sondern nur ein vernünftiges Maßhalten erblicken. Die Ansiedlung, nicht das Werk eines Augenblicks und nicht allein für die Gegenwart bestimmt, hat die Aufgabe, noch hoffentlich für Jahrhunderte als Grundlage und zur Stärkung des Deutschtums in der Ostmark zu dienen. Mittin habe sich das Tempo der Ansiedlung den Zeitverhältnissen, den Preisen, dem Güterangebot anzupassen und sei nicht planlos in den verschiedensten Kreisen, sondern im Anschluß an alte oder neue deutsche Niederlassungen die Ansiedlung fortzusetzen. Für das laufende Jahr komme eine wesentliche Beschränkung der Besiedlung keinesfalls in Frage. In der Befestigung deutschen Grundbesitzes sind, wie die Denkschrift ersehen läßt, schon recht erfreuliche Ergebnisse erzielt. Man darf hoffen, auf diesem Gebiete auch fernerhin Erfolge zu erzielen, und der Landwirtschaftsminister bemerkte, daß die Staatsregierung kein Bedenken tragen werde, auch für die den Ansiedlungsgebieten benachbarten Provinzen gleiche Einrichtungen für Befestigung des Grundbesitzes ins Leben zu rufen.

• • •

In festlicher, würdiger und zugleich für die künftige Entwicklung unseres Wirtschaftslebens ansprornender Art ist die Jubiläumsversammlung des Deutschen Handelstages in Heidelberg verlaufen; zwei aufrichtiger Genugtuung konnten die Vertreter deutscher Kaufmannschaft und Industrie bei dem Blide der letzten fünfzig Jahre verweilen. Es umfaßt eine Zeitspanne reicher Erfolge, wie sie selten in solcher Ausdehnung einer Nation beschieden waren. Gewiß hat die Weltgeschichte damit einen jahrhundertelangen Rückstand beglichen, unter dessen Druck manches Geschlecht tüchtiger deutscher Männer stritt und litt, bis durch die Tatkraft und Weisheit unserer führenden Helden und die begeisterte Hingabe der Volksstämme im Süden wie im Norden endlich die Einigung dauernd errungen wurde und damit die Macht, unser Schicksal auf allen Gebieten selbst zu gestalten. Die Rede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg beim Festmahl war getragen von dem patriotischen Bewußtsein des Erreichten, sie vergaß aber auch nicht, auf die neuen Probleme hinzuweisen, die an die Stelle der früheren, so glücklich gelösten getreten sind. Hatte der Kaufmann vor einem halben Jahrhundert allyseits mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die sich aus Schranken des Verkehrs und seiner Mittel, aus der Unübersichtlichkeit des Weltmarktes, den Währungsdifferenzen und aus anderen Hemmnissen zusammensetzten, so bemegen ihn heute die Probleme einer weitsichtigen und zweckmäßigen Organisation nach innen wie nach außen. Der leitende Staatsmann hob hervor, daß jetzt der Staat mit der Privatwirtschaft in steigendem Maße die Grundbedingungen der Prosperität teilt, daß es beiden zur Aufgabe geworden ist, vom gleichen Geiste durchdrungen, nach weiterem Fortschritt zu trachten. Bejerschen Pflichtbewußtsein und Rechtsgefühl sowohl die Politik wie den Erwerbsstand, faßt man hier wie dort den berechtigten Egoismus nur in weitsichtigem Verständnis, dann erhärtet sich die Wahrheit des Satzes von selbst, daß die Verwalter privater wie öffentlicher Werte zuletzt nur der Allgemeinheit dienen. Dieses Bewußtsein, längst erwecht, bedarf einsichtiger und umsichtiger Pflege zum Gedeihen des Vaterlandes.

Auch die politische Presse hat sich dem Eindruck, den die Rede des Reichskanzlers auf die Versammelten gemacht hat, nicht entzogen. Das wurde selbst aus Beurteilungen noch deutlich, die sonst wenig Neigung dafür verrieten. Unumwunden erkannte beispielsweise die Freisinnige Zeitung an, daß man auf die etwaige Ausflucht, der Reichskanzler habe nur höflich sein wollen, verzichten dürfe. Es sei das Urteil eines Mannes von Bildung und Einsicht. „Mit großer Befriedigung", fährt das Blatt fort, „wird man es auch verzeichnen, daß der Reichskanzler die einheitliche Organisation des deutschen Handelsstandes so beredt gepriesen hat, und mit noch größerer Befriedigung wird man darauf hinweisen können, daß die Kaufleute sich diese Organisation selbst geschaffen haben, ohne darauf zu achten, daß der Staat eingreift, um zu helfen, zugleich aber auch — wie das nicht anders möglich ist — zu reglementieren. Gerade der freiwillige Zusammenschluß der kaufmännischen Korporationen zu dem Deutschen Handelstage hat es verbürgt und verbürgt es auch heute noch, daß diese Organisation so segensreich wirkt, nicht nur für die spezifischen Interessen des Handels, sondern auch für die des ganzen Deutschen Reiches." — Zustimmend schreiben ferner die Hamburger Nachrichten: „Das Vorurteil, als ob gänzlich kaufmännischem Geiste und Staatsgefühl ein gewisser Gegensatz bestände, spielt, wie zugegeben werden muß, in unserem nationalen Leben noch immer eine größere Rolle, als gut und nützlich ist. Wenn der leitende Staatsmann gegen dieses Vorurteil seine Stimme erhoben hat, so hat er damit etwas sehr Dankenswertes und Beachtenswertes getan. Unseren einsichtigen Kaufleuten hat er freilich damit nichts Neues gesagt; insbesondere darf wohl die hanseatische und namentlich die hamburgische Kaufmannschaft mit Stolz betonen, daß sie den richtigen Weg längst gefunden hat. Es bleibt trotzdem nicht bedeutungslos, daß der erste Beamte des Reiches auch gegenüber den Außenstehenden in so bestimmter Form darauf hingewiesen hat, daß nicht ein Gegensatz, sondern ein Parallelismus zwischen kaufmännischem Geist und Staatsgefühl besteht. Der Reichskanzler hatte recht — und das sollte überall beherzigt werden —, wenn er den Wunsch ausdrückte, daß die Kombination von gesundem wirtschaftlichen Egoismus mit Weltblick und Gemeingeist, diese Kombination, die den echten kaufmännischen Geist ausmacht, im gesamten Staatsleben mehr Verständnis finden und Einfluß gewinnen möchte. Dem können auch andere Erwerbsgruppen rückhaltlos zustimmen, ohne sich selbst aufzugeben. Die Lehre tut in der gegenwärtigen innerpolitischen Lage bitter not." — In der Kölnischen Zeitung endlich wird betont, auch das Reichskanzlers Faustlientradition weise gerade auf die Beziehungen hin, die im Deutschen Handelstag allezeit beachtet und gewürdigt worden: auf die Verbindung der kaufmännischen Praxis mit der wissenschaftlichen Erkenntnis, ohne die eine Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen nicht denkbar ist. Sicherlich habe ihm der Inhalt seiner Ansprache neue Sympathieen erweckt.

• • •

Die Erregung über die Stuttgarter Bürgermeisterwahl hat auch nach gefallener Entscheidung noch manchen Sturm im sozialdemokratischen Blätterwald entfesselt. Zunächst fiel freilich die offensichtliche Erleichterung auf, die durch die Niederlage des roten Kandidaten Dr. Lindemann in den zielbewußten Genossenkreisen hervorgerufen wurde. Es sei besser, erklärte man gerade heraus, denn im Falle der Wahl und Bestätigung Lindemanns wären die Folgen für die Sozialdemokratie nicht abzusehen gewesen, die Partei wäre für die Taten der Stuttgarter Stadtverwaltung verantwortlich gemacht und hätte für sich selbst einen neuen Zankapfel erhalten. Die Verantwortlichkeitsscheu ist in allerdings sehr begreiflich bei einer Partei, deren ganze Stärke auf der Verneinung und auf dem Herunterreißen positiver Leistungen für das öffentliche Wohl beruht!

Der Zorn der Zielbewußten über das Verhalten der Stuttgarter, das die Kandidatur Lindemanns ermöglichte, macht sich aber auch in schärferer Form Luft. Das Berliner Zentralorgan der Partei kanzelt die württembergischen Genossenblätter wegen ihrer rollenwidrigen Seitensprünge ganz gehörig ab und wird dabei von der gesinnungsverwandten Parteipresse wacker unterstützt. „Gänzlicher Mangel an politischem Augenmaß", „unwürdige und gleichzeitig höchst gefährliche Geheimniskrämerei", „gehässige und unwahre Angriffe", „blecherne Phrasen" werden den Württemberger Parteiblättern, die gegen Vorwärts, Leipziger Volkszeitung usw. Stellung genommen hatten, vorgeworfen, und einem von ihnen, dem Heilbronner Neckar-Echo, wird rund und deutlich erklärt, es hätte wahrlich allen Anlaß, das Mündchen zu halten. Ja, die ganz Unentwegten fordern den Ausschluß des Dr. Lindemann, der für den Fall seiner Wahl gewisse Zugeständnisse an seine neue Würde machen wollte, aus der Partei und tadeln den Parteivorstand, weil er gegen Lindemanns offenkundigen Disziplinbruch nicht eingeschritten sei. Der Vorwärts erklärt dem auch, jedem Versuch, einzelne Genossen der Kontrolle der Gesamtpartei und ihrer zuständigen Instanzen zu entziehen, werde stets mit der nötigen Entschiedenheit und Festigkeit entgegengetreten werden.

Endlich — und das bleibt die Hauptsache — ist der klaffende Abgrund, der zwischen der Sozialdemokratie und allen bürgerlichen Parteien liegt, bei diesem Anlaß wieder einmal in seiner ganzen Tiefe sichtbar geworden. Die bürgerlichen Wähler Stuttgarts haben für diese unüberbrückbaren Gegensätze ein sehr richtiges Gefühl gehabt, und eine Stuttgarter Zuschrift des Vorwärts selbst hebt hervor, wenn etwas an der Wahl imponiere, so sei es die wuchtige Manifestation des bürgerlichen Klasseninstinkts. Trotz aller vorangegangenen Zänkereien der bürgerlichen Parteien untereinander, trotz einzelner Bedenken, die gegen den Kandidaten Lautenschlager auch in bürgerlichen Kreisen bestanden hätten, trotz der vorsichtigen Zurückhaltung der sozialdemokratischen Wahlagitation — z. B. sei in dem Wahlaufruf der Schwäbischen Tagwacht das Wort „Sozialdemokratie" forglam vermieden — sei der Zuzug aus dem bürgerlichen Lager vollständig ausgeblieben.

„Alles in allem — so heißt es in der erwähnten Zuschrift des Vorwärts —: in der Wahlagitation ist nichts versäumt worden, bürgerliche Kreise zu gewinnen ..... Doch was erleben wir: Die Wahlbeteiligung der bürgerlichen Wähler ist weit stärker denn jemals zuvor. In einzelnen Bezirken steigt sie über 90 pCt. Halbtote lassen sich ans Wahllokal fahren, um dort ihren Stimmzettel abzugeben — gegen die Sozialdemokratie! Was kümmert sie die Streiterei der Parteiführer, was schiert sie die Qualität der Kandidaten. Sie kennen nur eine Pflicht, gegen die Sozialdemokratie zu stimmen! Lautenschlagers Kandidatur scheint eher geeignet, die Sozialdemokratie zu werfen — also stimmt man für Lautenschlager."

Der Vorwärts zieht aus dieser schmerzlichen Erfahrung den Schluß, gerade die Stuttgarter Wahl wäre sehr geeignet, schädliche Illusionen zu zerstören, während der Schwäbische Merkur über die Lehren des Tages schreibt: „Wir freuen uns dieses Sieges, weil er wieder einmal die Macht bewiesen hat, die in der Einigkeit des Bürgertums liegt — wie überwältigend hätte sie erst sein können, wenn der fraktionelle Eigensinn jener kleinen beiseite stehenden Gruppe, die nicht mittat, hätte ausgeschaltet werden können. Wir freuen uns dieses Sieges, weil er von Parteien gemeinsam erfochten worden ist, die einmal im Kampf wider den Umsturz doch wieder zusammenkommen müssen, so viel sie sonst scheiden mag. Wir freuen uns, daß es bei diesem Sieg der nationalliberalen Partei wieder einmal vergönnt war, sich in ihrem eigensten Element als Mittelpartei zu bewähren und als Kerntruppe der von rechts und links her gesammelten Streitkräfte die Fahne vorauszutragen zum Heil des Ganzen. Und wir würden uns noch ein Erhebliches mehr über diesen Sieg freuen, wenn er den Erfolg hätte, bei der Fortschrittlichen Volkspartei das richtige Augenmaß für ihre eigene Bedeutung herzustellen, deren Ueberschätzung so oft schon für ein erwünschtes gedeihliches Zusammenwirken verhängnisvoll geworden ist." — In ähnlichem Sinne bemerkt die Süddeutsche Reichskorrespondenz: „Die Sozialdemokratie hatte einen Kandidaten aufgestellt, gegen dessen persönliche Eigenschaften während des ganzen Wahlkampfs von keiner Seite etwas eingewendet wurde. Aber das Unternehmen, der Stadt einen erklärten sozialdemokratischen Parteiführer als Kandidaten für das Amt des Stadtvorstandes zu präsentieren, hatte doch für weitere Kreise etwas Aufrüttelndes, und die Auslassungen des Vorwärts, der Neuen Zeit und anderer radikaler Organe der Sozialdemokratie, die über die Kandidatur Lindemanns jammerten, weil die Stellung eines Oberbürgermeisters Repräsentationspflichten mit sich bringe, deren Erfüllung einen Verrat an den Parteigrundsätzen in sich schließe, eröffneten einen Ausblick in ewige, unerquickliche Zänkereien. Es ist überhaupt schwer, zu sagen, wie sich die Sozialdemokratie die Möglichkeit eines ersprießlichen Wirkens ihres Kandidaten dachte, dessen Rücken unaufhörlich von radikalen Angriffen aus dem eigenen Parteilager bedroht gewesen wäre. Vielleicht rechnete die Mehrzahl der Parteiführer von vornherein mit einer Nichtbestätigung ihres Kandidaten, die ihr dann einen willkommenen Agitationsstoff geboten hätte. Alle diese Möglichkeiten sind durch die Wahl des bürgerlichen Kandidaten abgeschnitten, der Regierung und der Krone ist eine Entscheidung erspart, die, wie sie auch ausgefallen wäre, endlose Erörterungen nach sich gezogen hätte." Das Bürgertum hat mit der Wahl Lautenschlagers, dem der Ruf eines tüchtigen Mannes vorangeht, gezeigt, daß es die Kraft der Selbstbehauptung gegenüber dem Ansinnen der sozialdemokratischen Ansprüche aufzubringen vermochte. Stuttgarts Beispiel wird, so dürfen wir guten Anzeichen nach hoffen, nicht verloren sein.

Der Besuch des Kaiserpaares in England.

Nach dem Diner bei Lord Lansdowne am Donnerstag fand ein Ball statt, der zu Ehren der Prinzessin Viktoria Luise veranstaltet war.

Bei dem Besuch, den Ihre Majestät die Kaiserin am gleichen Tage dem deutschen Waisenhause und Hospital abstattete, waren die meisten Persönlichkeiten anwesend, die an der Pflege des Deutschtums, des deutschen Schulwesens, in Wohltätigkeitsangelegenheiten besonders für die weniger bemittelte deutsche Bevölkerung, sowie für die Stadt- und Seemannsmission arbeiten. Ihre Majestät die Kaiserin nahm mit dem größten Interesse von dem jetzigen Stand dieser Bestrebungen Kenntnis.

Im Waisenhause waren erschienen vom Herrenkomitee Schatzmeister Freiherr Bruno v. Schröder, Ehrensekretär Herr Bingel, ferner die Mitglieder des Beirats des Waisenhauses, Kirchenrat Pastor Frifius, die Herren Kleinwort, Königs, Nauensteln, Pastor Maetzola, Schulz, Sanitätsrat Dr. Mickels, Augenarzt Dr. Gruber; vom Damenkomitee Freifrau v. Schröder, Frau Bingel, Frau Witwe Borkenstein und Fräulein Weber. Von Pastoren waren außer den genannten noch erschienen Pastor Scholten von der evangelischen Kirche in Islington, Pastor Wardenberg von der evangelischen St. Marienkirche, Pastor Wollschläger von der evangelischen Kirche in Sydenham, Rektor Mayer von der katholischen St. Bonifatiuskirche mit dem Bischöflichen Pater Timm, Pastor Deicke von der evangelischen St. Paulskirche, Pastor Göbling von der evangelischen Kirche in Denmark Hill, Teichmüller, Geistlicher der deutschen evangelischen Seemannsmission in London, Gutjahr, Geistlicher der deutschen evangelischen Stadtmission in London. Auf dem Hof des deutschen Hospitals hatten folgende deutschen Schulen Aufstellung genommen, und zwar Schulen mit täglichem Unterricht: die St. Georgsschule, die über 100 Jahre alt und neuerdings mit einer Schulküche verbunden ist, die armen Kindern warmes Frühstück liefert, die St. Marienschule, die über 200 Jahr alt ist, die deutsche Schule in Islington, die katholische St. Bonifatiusschule, die höhere Töchterschule der Fräulein Bitz; ferner Sonnabends- und Sonntagsschulen: die Schule an der Hamburger lutherischen Kirche in Dalston, an der St. Paulskirche, an der deutschen Kirche in Islington und der deutschen Kirche in Sydenham, sowie die Schulen der Stadt- und Seemannsmission in Canningtown, Charlton, Fulham und Walthamstow.

• • •

Am Freitag früh stattete Se. Majestät der Kaiser, nachdem er den Vortrag des Gesandten v. Treutler entgegengenommen hatte, eine Reihe von Abschiedsbesuchen ab, die Kaiserin und die Prinzessin Viktoria Luise besuchten die Wallace-Sammlungen. Der Kaiser besuchte ferner das neue Haus des Automobilklubs.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin besuchten u. a. den Herzog und die Herzogin von Devonshire. Um 1 Uhr frühstückten die Majestäten beim Herzog und der Herzogin von Connaught. Am Frühstück nahmen als Gäste teil Generaladjutant Generaloberst von Plessen, Oberhofmarschall Graf zu Eulenburg, Generaladjutant Admiral v. Müller, Oberhofmeisterin Gräfin v. Brockdorff, Hofstaatsdame Frl. v. Gersdorff, Herzog und Herzogin von Norfolk, Marquis und Marquise v. Salisbury, Lord Rosebery, Graf und Gräfin Derby, Lord Kitchener und Admiral der Flotte Sir Edward Seymour.

Der König und die Königin fuhren Nachmittags mit ihren hohen Gästen, dem Kaiser, der Kaiserin und Prinzessin Viktoria Luise sowie mit dem Prinzen von Wales und Prinzessin Mary in offenen Wagen nach Kensington zu den See- und Landkriegspielen in Olympia. Als die Majestäten in der Hofloge Platz nahmen, präsentierten die Soldaten, die vereinigten Musikkorps spielten die Nationalhymne, und das Publikum brachte stürmische Hochrufe aus, die sich wiederholten, als der Kaiser die Ehrenwache besichtigte. — Eine ergänzende Meldung sagt: Auf der Fahrt nach Kensington und bei der Ankunft in Olympia wurden die Majestäten überall von einem zahlreichen Publikum herzlich begrüßt. Die hohen Besucher fuhren am Haupteingang vor durch ein Spalier von Blaujacken, die man besonders zu diesem Zweck aus Chatham hatte kommen lassen. Im Vestibül empfingen der Herzog und